

## Protokoll der 13. StuPa-Sitzung vom 17. April 2007

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48

*Anwesend:*

*AStA: Clas Hasslinger, Hannes Ortmann, Jörg Schindler*

*[oll]: Katharina Ermler, Jan Glogau, Matthias Wernicke, Daniel Poensgen, Andreas Kühn, Tamás Blénessy, Norbert Müller, Lars-Henning Strebhardt, Heide Günther*

*gül: Christina Tecklenburg, Rasmus Revermann*

*GAL: Martin Meyerhoff, Jürgen Stelter, Andreas Kellner, Stefan Klose, Carl-Martin Hißler*

*Jusos: Johannes Reichersdorfer, Kai Wohlfarth, Malte Clausen*

*RCDS: Daniel Hintzen, Stephan Hennig, Kristin Walter*

*LUST: Daniel Karbe, Sven Weber*

*Gäste:*

*Entschuldigt: Sonja Bock*

*Außerdem fehlten: Hanna Jessen (GAL), Jan Engel (wisiwidu),*

*Die Sitzung beginnt um 19:23.*

### **TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit**

*Das StuPa ist mit 21 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.*

### **TOP 2: Beschluss der Tagesordnung**

*- Initiativantrag zur Zusatzvereinbarung (Tamás) Tamás „Das Studierendenparlament stimmt der Zusatzvereinbarung zum Semesterticketvertrag, welche der AStA am 16.01.2007 beschlossen und ohne Zustimmung des Stupa unterschrieben hat, nichts zu.“*

*Behandeln: 12:7:3 - angenommen*

*- Ini- Antrag „Alles Zirkus“ behandeln: 17:3:2 - angenommen*

**Änderung Tagesordnung:....** 11:10:1 (8,6,7....) Ini auf 3 (11:11:0) – keine Mehrheit 3 hinter 4....: 15:0:7 02 auf 01...: 10:11:1

Zu Beginn der Sitzung wurde über die Tagesordnung abgestimmt. In geänderter Form aufgrund von Vorschlägen sowohl aus der AStA-Koalition (GAL, Jusos, RCDS, LUST) sowie aus der Opposition (GÜL, OLL, DieLinke.HSG). Die **Abstimmung ergab mit 11:11:0 keine Mehrheit**, somit wurde der Tagesordnung nicht zugestimmt. Nach langer Diskussion und viel Aufregung wurde der Opposition angeboten einen vor ihr gestellten Initiativantrag („Zusatzvereinbarung“) nach vor zu ziehen. Diesem Kompromiss wurde dann zugestimmt.

### **TOP 3 Beschluss der Protokolle**

*wird verschoben*

### **TOP 4 Gäste**

*entfällt*

### **TOP 5 Berichte**

Brandstuve, berichtet von Tobias: - Eberswalde ausgetreten (telefonisch) – Wildau: haben nie Beiträge gezahlt. - Vorstand ist nicht abgewählt worden. ( am 01.04. bei de MV) - Ohne Eberswalde nur noch 6 Mitglieder.... kein Verein mehr. Somit keine Vereinseintragung der Brandstuve

*Der TOP Berichte wurde dann nach einem Geschäftsordnungsantrag von der OLL vertagt.*

49 **TOP 6 Anträge**

50 **TOP 6.1: Antrag zum Schallschutzgutachten im KuZe:**

51 Kein Gesprächsbedarf.

52 *Der Antrag wird mit 21:1:0 angenommen.*

53 **TOP 6.2 Antrag von Jörg (AStA-Referent für Sozial- und Integrationspolitik) zum**  
54 **Beratungsangebot:**

55 Im Groben wurde darüber diskutiert, inwiefern die Gesamtberatung für Studenten evtl.  
56 eingeschränkt wird. Bestandteile der Vereinbarungen wurden verlesen. Pro Beratung  
57 (Verbraucherzentrale) max. bis zu 15 € innerhalb des von uns vorgegebenen Gesamtbudgets. Siehe  
58 Antrag. Kooperationsverträge liegen bereits vor, es wurde um Einsicht in diese gebeten.

59 *Antrag auf Vertagung, seitens der Opposition: keine Gegenrede, verschoben.*

60 **TOP 6.3 neu: Ini-Antrag von Tamás**

61 Tamás: Ini-Antrag der oll: "Das Studierendenparlament stimmt der Zusatzvereinbarung zum  
62 Semesterticketvertrag, welcher der AStA am 16. 01. 007 beschlossen und ohne Zustimmung des  
63 StuPa unterschrieben hat, nicht zu." Zusatzvereinbarung wird als schwebend unwirksam gesehen  
64 (Frau Breitenstein)

65 Tobias: Rechtsauffassung des Anwaltes Volker, StuPa-Mitwirkung nicht erforderlich, da es sich um  
66 eine reine Preiserhöhung handele. Anwalt genießt in der Studierendenschaft Vertrauen. Björn  
67 erläutert, dass ohne Beschlussfassung, der neue Preis der VBB gültig sein würde. Widerspruch nur  
68 durch Ablehnung einer entsprechenden Beitragsordnung. Björn warnt vor rechtlichen  
69 Schwierigkeiten der Studierendenschaft mit dem VBB, das Semesterticket ist gefährdet, moderate  
70 Preise in Zukunft gefährdet.

71 PE von Jürgen: "Lehne diesen Antrag ab."

72 Norbert: GO-Antrag auf Redezeitverlängerung auf insgesamt 40 Minuten. (Am Ende der 20  
73 Minuten).

74 Jan: GO-Antrag auf sofortige Abstimmung, Gegenrede Tobias: plädiere für Aufhebung der  
75 Redezeitbegrenzung.

76 Kai: PE: „Die Opposition zeigt sich an dieser Stelle wieder von Ihrer besten Seite. Zum einen möchte das Mitglied  
77 Jan die Diskussion beenden und sofort abstimmen, teilt dies auch in einem Antrag mit, zum anderen ist Norbert daran  
78 gelegen die Kritikpunkte näher zu erläutern und zu wiederholen. Es ist zu erkennen, dass die Opposition den  
79 Initiativantrag lediglich für die eigene politische Profilierung nutzt. Ein Kritisieren des aus ihrer Sicht nicht  
80 vorteilhaften Vorgehens ist dieser offensichtlich wichtiger, als das Diskutieren und Argumentieren am Sachverhalt und  
81 vor allem im Sinne und zu Gunsten unserer Studenten-innen. Diese sollten gerade in dieser wichtigen Frage im Sinne  
82 der Allgemeinheit vertreten werden. Das führen von politischen Kleinkriegen kann ich an dieser Stelle nur Verurteilen.  
83 Die Haltung der Opposition ist im Sinne der Sache absolut unangemessen.“

84 GO-Antrag mit 3:21:0 abgelehnt.

85 Norbert: Fatales an der Zusatzvereinbarung ist nicht der Preis, sondern die Aufhebung der  
86 Fahrradmitnahme im RE 1. Der AStA hat nicht ausreichend mit der Brandenburger Landespolitik  
87 gesprochen. Der VBB bereitet schon Entwürfe für ein neues Semesterticket vor, wo keine  
88 Fahrradmitnahme mehr vorgesehen ist.

89 Tobias: AStA hat bereits mit der Landesregierung über die Fahrradmitnahme gesprochen und ist auf  
90 Ablehnung gestoßen, daher der Versuch, über die Berliner Politik etwas zu erreichen.

91 GO-Antrag auf Aufhebung der Redezeitbegrenzung: 18:3:2.

92 Malte: Fraktionspause (bis 21 Uhr 40).

93 Matthias: unsere Rechtsaufsicht, das Justizariat empfiehlt uns die Abstimmung der  
94 Zusatzvereinbarung. Der Vertrag kann vom VBB frühestens zum nächsten Sommersemester

95 gekündigt werden, Kündigungsfrist lief am 1. April ab. Das Semesterticket im Wintersemester ist  
96 nicht gefährdet. Zusatzvereinbarung kann auch nach Beschluss der Beitragsordnung beschlossen  
97 werden, Preis ist nicht gefährdet.

98 Tobias: Zusatzvereinbarung hat eine angekündigte Kündigung des VBB verhindert. VBB darf  
99 außerordentlich kündigen.

100 Peer: Wir müssen uns an die Rechtauffassung der Rechtsaufsicht halten, demnach ist die  
101 Zusatzvereinbarung unwirksam. Der VBB hat keine Möglichkeit der Kündigung, da die  
102 Kündigungsfrist zum 1.4.07 abgelaufen ist.

103 Tamás: Wir wollen ein Votum zur Zusatzvereinbarung, weil das die Rechtsaufsicht verlangt. Wir  
104 lehnen die Zusatzvereinbarung in dieser Form ab, weil wir die Streichung der Fahrradmitnahme  
105 ablehnen.

106 Björn: als AStA haben wir unterschrieben, dass der ausgehandelte Vertrag zur Urabstimmung  
107 gestellt wird. Ablehnung der Zusatzvereinbarung hat nur negative Folgen. Justizariat empfiehlt die  
108 Zustimmung zur Zusatzvereinbarung.

109 Peer: AStA macht keinen Druck auf Landesregierung für die Beibehaltung der Fahrradmitnahme.

110 Tobias: wir haben durch die Zusatzvereinbarung Zeit gewonnen und wollen sie zu Mobilisierung  
111 und Protest nutzen.

112 Kristin: Eine Rücknahme der Zusatzvereinbarung von euch aus Gründen, um das Vorgehen des  
113 AStAs zu ächten, und nach Ende der Kündigungsfrist schafft keine gute Verhandlungsgrundlage  
114 mit dem VBB.

115 Matthias: GO-Antrag auf Ende der Redeliste, Gegenrede Tobias, mit 13:12:0 zugestimmt.

116 Jürgen: Justizariat hat nicht die Rechtsaufsicht auf die Studierendenschaft, sondern die Präsidentin,  
117 es gab auch mal gegensätzliche Auffassung zwischen Justizariat und Präsidium, wobei der Rektor  
118 damals die Rechte der Studierenden im Senat bewahrt wurden. Durch Ablehnung der  
119 Zusatzvereinbarung durch das StuPa ist die Preisansage des VBB nicht existent, die  
120 Beitragsordnung damit ohne Grundlage.

121 Matthias: ich habe die Uni um Rechtsaufsicht gebeten, sie sieht Zustimmung des StuPa vor,  
122 allerdings nicht als Empfehlung. Wir lehnen nicht die Preisanpassung ab, sondern Teile der  
123 Zusatzvereinbarung. Änderungsantrag als Ergänzung: "Der AStA wird beauftragt, diesen  
124 verbindlichen Beschluss der Studierendenschaft unverzüglich dem Verkehrsbund Berlin-  
125 Brandenburg (VBB) mitzuteilen.

126 Der AStA wird weiterhin beauftragt dem VBB in diesem Zusammenhang mitzuteilen, dass das  
127 StuPa mit diesem Beschluss den in der Zusatzvereinbarung genannten Preis von 131,25 Euro für  
128 das Wintersemester 2007/08 als fristgemäße Mitteilung einer Preisanpassung nach §5 Absatz 4 des  
129 derzeit geltenden Semesterticketvertrages anerkennt." Wir geben dem AStA  
130 Verhandlungsspielraum, weil wir dem Preis zustimmen, aber die Fahrradmitnahme erhalten  
131 möchten.

132 Peer: die politische Verantwortung für den Erhalt des Semestertickets trägt der AStA, weil der  
133 AStA unzulässigerweise dem VBB Versprechungen gegeben hat, ohne Votum des StuPa. Das  
134 StuPa ist nicht in der Pflicht, einen Fehler des AStAs auszugleichen.

135 GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzung mit 6:17:1 abgelehnt.

136 Martin Amselm: glaube auch, dass die Zusatzvereinbarung schwebend unwirksam ist, bin mir  
137 unklar über die Konsequenzen der Ablehnung der Zusatzvereinbarung durch das StuPa, bin ratlos,  
138 tendiere zur Enthaltung, dann wird aber die Zusatzvereinbarung abgelehnt und das finde ich sehr  
139 schlecht. Schlage Konsensfindung dafür vor, dass wir das Zustandekommen der  
140 Zusatzvereinbarung als nicht rechtmäßig erachten.

141 GO-Antrag auf Wiederaufnahme der Redeliste mit 8:11:5 abgelehnt.

142 Tobias: Justizariat ist ratlos, was bei Ablehnung der Zusatzvereinbarung passiert.

143 Tamás: VBB kann kündigen oder nicht. Neue Preisfindung ist weiterhin möglich.

144 Der Antrag wird mit 13:12:0 angenommen.

145 PE von Jürgen: Halte das Semesterticket für gescheitert. Fordere Parlamentarier auf, ihr  
146 Abstimmungsverhalten darzulegen.

147 PE von Norbert: *"Die heutige Sitzung hat zum wiederholten Male die Demokratieunfähigkeit einzelner AStA-*  
148 *Referenten offenbahrt. Die aggressive Frageweise der AStA-Vertreter Tobias Dornisch und Björn Ruberg (beide GAL)*  
149 *den ParlamentarierInnen aus den Oppositionslisten gegenüber ist erschreckend. Peer hat zurecht ein Schreckbild*  
150 *eröffnet: gottseidank übt das Innenministerium (Exekutive) nicht über den Landtag (Legislative) die Rechtsaufsicht aus.*  
151 *Es wäre schön, wenn Tobias und Björn bis zur nächsten Sitzung in sich gehen würden. AStA-ReferentInnen müssen*  
152 *akzeptieren, dass nicht sie Fragen an das StuPa zu stellen haben, sondern vielmehr das der AStA den StuPa gegenüber*  
153 *rechenschaftspflichtig ist. Ich erwarte von Tobias Dornisch und Björn Ruberg, dass die das StuPa als Legislative der*  
154 *Studierendenschaft anerkennen und Anfeindungen den ParlamentarierInnen gegenüber in Zukunft unterlassen. Ferner*  
155 *erwarte ich, dass der AStA seine Informationspolitik der Des- und Nichtinformation dem StuPa gegenüber aufgibt. Ich*  
156 *fordere, dass der VBB-Brief, den der AStA auf der letzten StuPa-Sitzung vorlegte, in das Protokoll aufgenommen wird."*

157 PE von Kristin Walter: *"nach der nervenaufreibenden Sitzung möchte ich auch die Möglichkeit wahrnehmen, mich*  
158 *hier zu Wort zu melden. Dies betrifft drei Dinge:*

159 *1. Zum einen bin ich immer wieder erstaunt welches Demokratieverständnis einige Mitglieder des StuPas an den Tag*  
160 *legen. Diese Mitglieder nehmen zwar für sich in Anspruch ihre Diskussionsbeiträge in Ruhe, ohne Zwischenrufe,*  
161 *Beleidigungen oder sonstige herabsetzende Äußerungen anderer Anwesender vorzutragen zu können. Im Gegenzug*  
162 *werden von diesen Mitgliedern aber bestimmte andere Mitglieder des StuPas sowie AStA-Referenten permanent*  
163 *unterbrochen, beschimpft und beleidigt. Solch eine Vorgehensweise zeugt von einem Demokratieverständnis, welches*  
164 *Respekt und das Recht der freien Rede immer nur jenen zugesteht, die eine genehme politische Auffassung vertreten.*  
165 *Dies lässt die Glaubwürdigkeit der angesprochenen Mitglieder des StuPas äußerst fragwürdig erscheinen.*

166 *Gleiches gilt für die Vorgehensweise die Redeliste zu schließen. Entweder man erkennt dies als legitimes Mittel an, die*  
167 *Beschlussfassung des StuPas zu beschleunigen - oder eben nicht. Sie aber für die eigene Liste beanspruchen zu wollen*  
168 *während anderen Listen sofort die Unterbindung demokratischer Diskussionsprozesse vorgeworfen wird, ist nicht nur*  
169 *inkonsequent sondern auch lächerlich.*

170 *2. Das Präsidium des StuPas sollte sich in meinen Augen Meinungsbekundungen während der Debatte enthalten. Ich*  
171 *habe in keinem anderen Parlament jemals den jeweiligen Vorsitzende oder die jeweilige Vorsitzende Beifall klatschen*  
172 *sehen bei einem Redner der eigenen Fraktion. Vielmehr sollte das Präsidium möglichst unparteiisch die Sitzung einem*  
173 *geordneten Ablauf zuführen. Im Übrigen sind bereits mehrfach Meldungen für die Redeliste übersehen oder wieder*  
174 *vergessen worden, weil der jeweilige Inhaber der Redeleitung zu sehr mit anderen Dingen beschäftigt war. Dies kann*  
175 *und darf nicht sein. Jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin hat die gleichen Beteiligungsrechte - auch wenn*  
176 *die jeweilige Meinung nicht immer die eigene sein mag. Liebes Präsidium, ich bitte euch eure Rolle unparteiisch und*  
177 *gewissenhaft zu erfüllen.*

178 *3. Das Semtex.*

179 *Hier möchte ich mich den Ausführungen von Jürgen weitgehend anschließen. Es wäre wohl ein juristisches Novum,*  
180 *wenn auf einmal der eine Vertragspartner die Willenserklärung des anderen Vertragspartners umdeuten könnte. Im*  
181 *deutschen Recht ist mir sowas nicht bekannt und ich denke die Juristen unter euch werden mir hier zustimmen.*

182 *Mit der Ungültigerklärung der Zusatzvereinbarung ist diese also im Ganzen hinfällig. Zwar besteht grundsätzlich die*  
183 *Möglichkeit einer Teilnichtigkeit, für diese müssen allerdings Anhaltspunkte im Willen und Verhalten der*  
184 *Vertragsparteien zu finden sein. Im Zweifel ist aber immer die gesamte Vereinbarung nichtig. Und hier wollte der VBB*  
185 *überdies offensichtlich die Vereinbarung als Paket, unter Bedingung der Urabstimmung. Für die Juristen unter euch:*  
186 *Eine solche Bedingung dürfte als Potestativbedingung in jedem Fall zulässig sein.*

187 *Somit haben wir also keine wirksame Preismitteilung. Denn um es noch mal zu wiederholen: Das StuPa kann nicht*  
188 *einfach eine Willenerklärung des VBB umdeuten. Entweder es handelt sich um eine vertragliche Vereinbarung, die der*  
189 *Zustimmung des StuPas bedurft hätte (so eine Auslegung). Dann ist diese mangels Zustimmung des StuPas nicht*  
190 *zustande gekommen. Oder aber es handelt sich von Anfang an um eine Preismitteilung, die dann aber der Zustimmung*  
191 *des StuPas nie bedurft hat. Man kann nicht erst das Ganze als vertragliche Vereinbarung qualifizieren und für*  
192 *unwirksam erklären und danach den angeblich durch das StuPa zustimmungspflichtigen Teil (Preiserhöhung) in eine*  
193 *nicht zustimmungspflichtige Preismitteilung umdeuten. Dies funktioniert nur in der Fantasie mancher Mitglieder des*  
194 *StuPas, aber nicht in der Realität.*

195 *Folglich gibt es aufgrund des Fristablaufs bisher keine Preiserhöhung zum Wintersemester 2007/2008. Dass der VBB*  
196 *davon alles andere als begeistert sein wird, dürfte mittlerweile jedem einleuchten. Denn der Vertrag läuft natürlich (wie*  
197 *von Peer gestern richtig bemerkt) wegen des Ablaufs der Kündigungsfrist weiter. Nun kann man sich vielleicht in*  
198 *Anbetracht der gestern beschlossenen Beitragsordnung - wie offenbar 2003 bereits geschehen, allerdings nicht*

199 *unbedingt formgerecht - nachträglich, trotz Ablauf der Frist für die Preismitteilung, auf eine Preiserhöhung zum*  
200 *Wintersemester 2007/2008 einigen, wenn alle Vertragsparteien hier mitziehen. Dies ist leider nicht zwangsläufig zu*  
201 *erwarten.*

202 *Viel schlimmer ist aber, dass durch den gestrigen Beschluss die Verhandlungsposition des AStA nicht im Geringsten*  
203 *verbessert wurde, wie zum Teil von Mitgliedern des StuPas argumentiert wurde. Im Gegenteil. Damit wurde die*  
204 *Bereitschaft des VBB der Studierendenschaft entgegenzukommen auf null reduziert. Wenn es das war, was durch die*  
205 *Abstimmung erreicht werden sollte, dann können diejenigen, die zugestimmt haben, sich auf die Schultern klopfen und*  
206 *einen weiteren Erfolg feiern. Zu glauben, auf diese Weise die Fahrradmitnahme im RE 1 über das Wintersemester*  
207 *2007/2008 hinaus bewahren zu können, ist fernab jeder Realität.*

208 *Was uns übrigens im schlimmsten Fall auch passieren kann: Der VBB wirft uns Vertragsbrüchigkeit vor, weil wir uns*  
209 *nicht an die Zusatzvereinbarung halten. Unabhängig davon, ob er damit Recht hat, ist für den VBB dann die logische*  
210 *Konsequenz, außerordentlich zu kündigen und bereits im Wintersemester 2007/2008 kein Semtex auszugeben. Dann*  
211 *muss die Studierendenschaft den VBB auf Erfüllung verklagen. Und angesichts des ungewissen Ausgangs eines solchen*  
212 *Verfahrens - schließlich vertritt der Rechtsanwalt des AStA hier eine andere Meinung als die Justiziarin der Uni,*  
213 *welcher sich vielleicht auch das entscheidende Gericht anschließt - bringt uns das nicht unbedingt das Semesterticket.*

214 *Vielleicht überlegen sich alle Beteiligten bis nächste Woche noch mal, ob sie diese Szenarien wirklich wünschenswert*  
215 *finden."*

216 **Stephan Hennig: PE:** *"Ich - Stephan Hennig, Abgeordneter des Ring Christlich Demokratischer Studenten - weise*  
217 *ausdrücklich darauf hin, dass ich dem Antrag der [offenen linken liste] auf Ablehnung der Zusatzvereinbarung*  
218 *zwischen dem AstA der Universität Potsdam und dem Verkehrsverbund Berlin Brandenburg nicht zugestimmt habe."*

## 219 **TOP 6.4 neu Beschluss der Beitragsordnung**

220 Kai: GO-Antrag auf sofortige Abstimmung: 17:6:1 ist angenommen.

221 Jürgen beantragt geheime Abstimmung.

222 Die Beitragsordnung wird mit 23:0:1 beschlossen.

223 Stephan: GO auf Beendigung der Sitzung. Ohne Gegenrede angenommen.

224 *Die Sitzung endet um 22 Uhr 55.*

225